



Inhalt

Seite 2

Begünstigte Spendenempfänger-
liste veröffentlicht

EORI-Nummer beantragen

Steuerhilfe für Katastrophenopfer

Seite 4

Auftraggeberhaftung für SV-Beiträ-
ge tritt mit 1.9.2009 in Kraft

Arbeitsmarktpaket 2009

Seite 5

Neuerungen im Korruptions-
strafrecht

Seite 6

Aktuelle Entscheidungen

Splitter

Seite 7

Termine

Liebe KlientInnen!

Sämtliche österreichischen Zeitungen haben in den letzten Wochen vom "Fall" des Bankgeheimnisses berichtet. Was ist wirklich dran an diesen Zeitungsmeldungen?

Vorab die gute Nachricht für SIE: In Österreich ansässige Steuerpflichtige ohne wirtschaftlichen Auslandsbezug sind von der Neuregelung nicht betroffen. Für sie gilt unverändert das im Verfassungsrang stehende Bankgeheimnis, das – abgesehen von gerichtlich anhängigen Verlassenschafts- oder Pflugschaftsfällen – im Wesentlichen nur im Falle einer kriminalstrafrechtlichen Verfolgung oder im Falle der Einleitung eines Finanzstrafverfahrens wegen vorsätzlicher Finanzvergehen (ausgenommen Finanzordnungswidrigkeiten) durchbrochen werden darf.

Das am 1. September 2009 im Parlament mit 2/3-Mehrheit beschlossene "Amtshilfedurchführungsgesetz" ist die rechtliche Basis dafür, dass Österreich das verfassungsrechtlich geschützte Bankgeheimnis gegenüber ausländischen Steuer-

behörden entsprechend dem internationalen Druck in bestehenden und künftigen Doppelbesteuerungsverträgen dahingehend "aufweichen" kann, dass österreichische Banken verpflichtet sind, in Verdachtsfällen an ausländische Steuerbehörden Kontodaten über Kunden weiter zu geben. Das Gesetz sieht allerdings vor, dass ausländische Behörden, welche die

Herausgabe von Kontodaten begehren, nachweisen müssen, dass es sich um einen ganz konkreten Hinterziehungsfall handelt und dass sie die normalen innerstaatlichen Möglichkeiten zur Aus-

kunftsbeschaffung bereits ausgeschöpft haben.

Wie Sie weiters dieser Klienteninfo entnehmen können ist es noch bis 30. September möglich, Herabsetzungsanträge für die Einkommensteuer- bzw. Körperschaftsteuervorauszahlung für das laufende Jahr zu stellen. Weiters beginnen ab 1. Oktober 2010 die Anspruchszinsen für Steuernachzahlungen 2008 zu laufen. Mehr dazu finden Sie auf den folgenden Seiten ...



Mag. Petra Schachner Dr. Hermann Pucher

Begünstigte Spendenempfängerliste veröffentlicht

Am 31. Juli 2009 hat das BMF eine Liste mit derzeit über 270 Organisationen veröffentlicht, an die mit steuerlicher Begünstigung gespendet werden kann. Die Liste, welche auf der Website des BMF (<http://www.bmf.gv.at>) in der Rubrik "Themen A-Z" – "Absetzbare Spenden" – "Liste der begünstigten Spendenempfänger" zu finden ist, stellt sicher, dass an die dort genannten Organisationen getätigte Spenden als Betriebsausgabe oder Sonderausgabe geltend gemacht werden können.

EORI-Nummer beantragen

Alle Unternehmer, die Importe oder Exporte aus Drittländern durchführen, benötigen künftig eine "EORI-Nummer". Die EORI – Economic Operations Registration and Identification – Nummer soll die EU-weite Identifikation von Wirtschaftsbeteiligten gegenüber Zollbehörden erleichtern. Wichtig ist, dass die EORI Nummer verpflichtend ist und dass sie auch dann zu beantragen ist, wenn die tatsächliche Durchführung des Imports bzw. Exports an ein Speditionsunternehmen übertragen wird. Die Registrierung ist elektronisch unter folgendem Link vorzunehmen: <https://zoll.bmf.gv.at/eori>, wobei das Antragsformular auch ausgedruckt und unterfertigt an das jeweils zuständige Zollamt zu übermitteln ist. Es wird pro Wirtschaftsbeteiligtem nur eine EORI-Nummer vergeben. Die EORI-Nummer ist ab 1.1.2010 verpflichtend.

Steuerhilfe für Katastrophenopfer

Wie die Unwetter des Sommers 2009 gezeigt haben, werden immer mehr Menschen in Österreich jedes Jahr Opfer von Naturkatastrophen. Die finanziellen Auswirkungen solcher Katastrophen können durch eine Reihe von Steuerbegünstigungen zumindest gemildert werden.

Außergewöhnliche Belastung

Aufwendungen zur Beseitigung von Katastrophenschäden (wie zB Hochwasser-, Sturm-, Erdbeben-, Vermurungs- und Lawinenschäden) können im Privatbereich **ohne Kürzung um einen Selbstbehalt** steuerlich als **außergewöhnliche Belastung** abgesetzt werden.

Je nach Höhe des Einkommens werden damit die Aufwendungen vom Finanzminister mit 36,5% (= Einkommenssteuersatz) bis 50% (= Höchststeuersatz) steuerlich subventioniert. Absetzbar sind folgende Kosten:

1. Kosten für die **Beseitigung der unmittelbaren Katastrophenfolgen** (zB Beseitigung von Wasser- und Schlammresten, Dachstuhlentsorgung nach Sturm- oder Schneekatastrophe, Beseitigung von Sperrmüll, Raumtrocknung, Mauerentfeuchtung, Anschaffung bzw Anmietung von Trocknungs- und Reinigungsgeräten).

2. Kosten für die **Reparatur und Sanierung** der durch die Katastrophe beschädigten, aber weiter nutzbaren Vermögenswerte (zB bei weiterhin nutzbaren Wohnungen oder Häusern: Ersatz des Fußbodens, Erneuerung des Dachstuhls nach einer Sturm- oder Schneekatastrophe, Erneuerung des Verputzes, Ausmalen, Sanierung der Kanalisation, Reparatur bzw Wiederherstellen von Zäunen, Sanierung von Gehsteigen, Reparatur beschädigter PKWs).

3. Kosten für die **Ersatzbeschaffung** der durch die Katastrophe zerstörten Vermögensgegenstände (zB erforderlicher Neubau des gesamten Wohngebäudes oder von Gebäudeteilen, Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen, Neuanschaffung PKW, Neuanschaffung von Kleidung, Geschirr etc).

Wie bei allen außergewöhnlichen Belastungen gilt der Grundsatz:

Die Kosten sind nur dann steuerlich absetzbar, wenn sie **zwangsläufig** sind. Die Absetzbarkeit beschränkt sich daher grundsätzlich auf **notwendige Wirtschaftsgüter**. Güter des gehobenen Bedarfs (zB Schiausrüstung, Schallplattensammlung, Weinkühlschrank) sowie die Mehrkosten einer Luxusausstattung bei notwendigen Wirtschaftsgütern (zB Massivholzküche) können daher steuerlich nicht geltend gemacht werden.

Für die Absetzbarkeit gelten folgende Regeln:

● Die Kosten für die **Beseitigung der unmittelbaren Katastrophenfolgen** (siehe oben unter Punkt 1) sind **voll absetzbar**, und zwar auch dann, wenn sie ein **"Luxusgut"** betreffen (zB Kosten für die Reinigung eines durch Hochwasser verschlammten Schwimmbades oder Wochenendhauses).

● Die Kosten für die **Reparatur und Sanierung von noch nutzbaren Vermögensgegenständen** (siehe oben unter Punkt 2) sind nur insoweit absetzbar, als sie für die **übliche Lebensführung** benötigt werden (die Sanierung des wegen Hochwasser defekten Pools ist daher steuerlich nicht absetzbar).

● Absetzbar sind auch die **tatsächlichen Kosten** (im Ausmaß des aktuellen Neupreises) **für die Ersatzbeschaffung von Gegenständen** (siehe oben Punkt 3), allerdings auch nur in dem Umfang, in dem diese für die **übliche Lebensführung** benötigt werden. Nicht absetzbar sind somit die Kosten für die Ersatzbeschaffung von zB Sportgeräten und von "Luxusgütern" (zB zerstörte Weinsammlung).

Geht die Ersatzbeschaffung über einen durchschnittlichen Standard hinaus, muss eine "Luxustangente" ausgeschrieben werden.

● Gibt es für zerstörte Wirtschaftsgüter einen **funktio-**
renden Gebrauchtwarenmarkt (wie zB für PKWs), ist nur der **Wiederbeschaffungswert** eines vergleichbaren gebrauchten Wirtschaftsgutes absetzbar.

Erhält ein katastrophengeborener Steuerpflichtiger steuerfreie **Subventionen** (zB aus dem Katastrophenfonds oder sonstige öffentliche Mittel, wie zB Wohnbauförderung), steuerfreie **Spenden** oder steuerfreie Bezüge (zB steuerfreie Zuwendungen des Arbeitgebers – siehe unten), **kürzen** diese die **abzugsfähigen Kosten**. Auch Erlöse aus der Veräußerung ersatzbeschaffter Wirtschaftsgüter (zB Erlöse aus dem Verkauf eines PKW-Wracks) sind in Abzug zu bringen. Weiters kürzen auch **Versicherungsentschädigungen** (zB aus einer PKW-Kaskoversicherung) die grundsätzlich absetzbaren Reparatur- oder Ersatzbeschaffungskosten für das versicherte Wirtschaftsgut.

Arbeitnehmer können für die (voraussichtlich) anfallenden Ausgaben zur Beseitigung von Katastrophenschäden **bis 31. 10. des laufenden Jahres** die **Ausstellung eines Freibetragsbescheides** beantragen. Wird dieser dem Arbeitgeber rechtzeitig (also vor der Lohnabrechnung für Dezember) vorgelegt, so kann der Arbeitgeber den Freibetrag rückwirkend (durch Aufrollung des laufenden Jahres) für das gesamte Jahr berücksichtigen und die Lohnsteuer rückerstatten.

Selbständige, die eine Einkommensteuererklärung abgeben und Steuervorauszahlungen leisten, können mit Hinweis auf absetzbare Katastrophenschäden sogar **bis 31.10. des laufenden Jahres** eine **Herabsetzung der Einkommensteuer-Vorauszahlungen** beantragen.

KlientenInfo-Tipp:

Wenn die **außergewöhnliche Belastung höher ist als das Einkommen eines Jahres**, geht der **Überhang steuerlich ins Leere**. In diesem Fall sollten die **Ausgaben auf mehrere Jahre verteilt werden** (entweder durch entsprechende **Planung der Sanierungsmaßnahmen, durch Vereinbarung von Zahlungszielen mit den beauftragten Firmen oder im Wege der Kreditfinanzierung, wobei im letzteren Fall dann die jährlichen Kreditraten samt Zinsen steuerlich absetzbar sind**).

Als **Nachweis der Katastrophenschäden** sind dem zuständigen Finanzamt im Regelfall die von Gemeindekom-

missionen über die Schadenserhebung aufgenommenen Niederschriften vorzulegen. Sicherheitshalber sollten die Schäden – soweit noch möglich – auch fotografisch dokumentiert werden. Überdies sind die angefallenen Kosten durch Rechnungen zu belegen.

Weitere Steuerbegünstigungen für Katastrophenopfer (insbesondere für Unternehmen)

● Im Rahmen der neuen, **ab 2009 geltenden Spendenbegünstigung** können Private und auch Unternehmen **Spenden für die Hilfestellung in Katastrophenfällen** im Ausmaß von **bis zu 10 Prozent des Einkommens bzw. Gewinnes des Vorjahres** steuerlich absetzen. Voraussetzung ist, dass die Spenden an **begünstigte Spendenorganisationen geleistet werden, die in einer von der Finanz geführten Liste aufscheinen** (siehe aktuelle Spendenliste auf der BMF-Homepage unter www.bmf.gv.at). Dies ist etwa bei der Caritas, beim Roten Kreuz oder bei der Katastrophenhilfe der österreichischen Frauen der Fall.

● Unternehmer können darüber hinaus seit 2002 **zeitlich und betragsmäßig unbegrenzt alle Geld- und Sachspenden** in Katastrophenfällen steuerlich als Betriebsausgaben **absetzen**, wenn sie mit einem **Werbeeffekt** verbunden sind (zB durch mediale Berichterstattung, Eigenwerbung auf der eigenen Homepage, in Inseraten oder Rundschreiben).

● **Freiwillige Zuwendungen**, die der **Arbeitgeber an katastrophengeborene Arbeitnehmer** zur Beseitigung von Katastrophenschäden (insbesondere Hochwasser-, Erdbeben-, Vermurungs- und Lawinenschäden) leistet, sind zur Gänze **steuerfrei** (gilt für Geld- und Sachzuwendungen).

● Werden **Unternehmen** von einer Katastrophe getroffen, so sind sämtliche Ausgaben für die Beseitigung der Katastrophenschäden ohnedies steuerlich voll absetzbar. Erhält ein solches Unternehmen **Spenden** (egal von wem), sind diese zur Gänze **steuerfrei**. Werden die Spenden ausdrücklich für Instandsetzungen oder für die Wiederbeschaffung von Investitionen gewährt, die durch eine Katastrophe vernichtet wurden (zB Maschinen), so kürzen sie allerdings die Instandsetzungskosten bzw. die Investitionskosten (und damit auch die zukünftig absetzbaren Anlagenabschreibungen).



Wie die Unwetter des Sommers 2009 gezeigt haben, werden immer mehr Menschen in Österreich jedes Jahr Opfer von Naturkatastrophen. Die finanziellen Auswirkungen solcher Katastrophen können durch eine Reihe von Steuerbegünstigungen zumindest gemildert werden.

Auftraggeberhaftung für SV-Beiträge tritt mit 1.9.2009 in Kraft

Mit dem AuftraggeberInnen-Haftungsgesetz wurden im Jahr 2008 neue **Haftungsbestimmungen für Auftraggeber von Bauleistungen** in das Sozialversicherungsrecht (ASVG) aufgenommen. Das In-Kraft-Treten dieser neuen Bestimmungen wurde aber davon abhängig gemacht, dass die dafür notwendige technische Infrastruktur bei den Krankenversicherungsträgern vorhanden ist. Der Sozialminister hat nunmehr mittels Verordnung bekannt gegeben, dass diese Voraussetzungen ab September 2009 vorliegen und daher die **Vorschriften ab 1. September 2009 zu beachten sind**.

Mit diesen neuen Haftungsbestimmungen soll dem Ausfall der Sozialversicherungsbeiträge durch Sozialbetrug entgegen gewirkt werden. Nach Meinung des Gesetzgebers ist gerade die Baubranche besonders anfällig für die Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen. Um den damit verbundenen massiven Einnahmefall von geschätzt bis zu 1 Mrd Euro pro Jahr einzuschränken, wurden folgende **neue Haftungsbestimmungen** eingeführt:

Bei der **Weitergabe von Aufträgen im Bereich von Bauleistungen** nach § 19 Abs 1a UStG **haftet der Auftraggeber** für alle **Beiträge und Umlagen des beauftragten Unternehmens** bis zum Höchstausmaß von **20 % des geleisteten Werklohnes**. Die Haftung wird schlagend, wenn der Krankenversicherungsträger gegen das beauftragte Unternehmen zur Hereinbringung der geschuldeten Beträge und Umlagen erfolglos Exekution geführt hat oder das beauftragte Unternehmen bereits insolvent ist. Die **Haftungsbestimmungen** gelten **nur für Bauunternehmen**, die **Subunternehmen** beschäftigen. Haftungen für Privatpersonen oder für Unternehmen, die als Letztbesteller eines Bauwerkes auftreten, werden dadurch nicht begründet. Ein Unternehmen, das von einem Arbeitskräfteüberlasser überlassene Dienstnehmer zur Erbringung von Bauleistungen einsetzt, haftet aber für 20% des bezahlten Überlassungsentgeltes.

Die Auftraggeberhaftung des beauftragenden Unternehmens entfällt, wenn das beauftragte Unternehmen zum Zeitpunkt der Leistung des Werklohns in der so genannten **"Gesamtliste der haftungsfreistellenden Unternehmen"** (**HFU-Gesamtliste**), die bei der Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) geführt wird, eingetragen ist.

Damit ein Unternehmen in diese Liste aufgenommen werden kann, muss es mindestens drei Jahre lang Bauleistungen erbracht haben und keine Beitragsrückstände aufweisen.

Außer Betracht bleiben dabei Beitragsrückstände, die 10 Prozent der im Kalendermonat vor Antragstellung abzuführenden Beiträge nicht übersteigen. Ferner bleiben Beitragsstundungen und bewilligte Ratenzahlungen außer Betracht. Die Nichtvorlage der Beitragsnachweisungen für zwei Monate bzw die Nichtentrichtung der Beiträge des zweitvorangegangenen Kalendermonats führen zur Streichung eines Bauunternehmens aus der HFU-Gesamtliste.

Das Formular zur Aufnahme in die HFU-Gesamtliste gibt es auf der Homepage der Wiener Gebietskrankenkasse (http://www.wgkk.at/mediaDB/559037_Antragsformular_Erst_Wiederaufnahme.pdf).

Die Auftraggeberhaftung kann allerdings auch dadurch vermieden werden, dass der **Auftraggeber 20 % des zu leistenden Werklohns (Haftungsbetrag) nicht an den Auftragnehmer, sondern an das Dienstleistungszentrum bei der WGKK überweist**.

Die **Auftraggeberhaftung** erstreckt sich auch **auf jedes weitere beauftragte Unternehmen**, wenn die Beauftragung auf eine Umgehung der Haftung abzielt und das beauftragende Unternehmen dies wusste bzw ernstlich für möglich halten musste. Ein derartiges **Umgehungs-geschäft** kann daran erkannt werden, dass das beauftragte Unternehmen keine eigenen Bauleistungen erbringt, kein technisches oder kaufmännisches Fachpersonal aufweist, in einem gesellschaftsrechtlichen Abhängigkeitsverhältnis zum beauftragenden Unternehmen steht oder der Auftrag aufgrund eines deutlich "unterpreislichen" Angebots erteilt wurde.

Die **beauftragenden Unternehmen** haben den Krankenversicherungsträgern innerhalb von 14 Tagen Auskünfte über die von ihnen beauftragten Unternehmen und über die weitergegebenen Bauleistungen zu erteilen. Bei Verletzung dieser Auskunftspflicht drohen Geldstrafen von € 1.000 bis € 20.000 (im Wiederholungsfall).

Arbeitsmarktpaket 2009

Das im Juli 2009 beschlossene **Arbeitsmarktpaket 2009** führt ua zu umfangreichen Änderungen bei Altersteilzeit, Kurzarbeit, Bildungskarenz sowie bei der Arbeitslosenversicherung.



Für die laufende Lohnverrechnung von Bedeutung sind die nachstehend angeführten Änderungen, die mit 1. September 2009 in Kraft getreten sind:

Befristete Altersanhebung bei der Befreiung von der Arbeitslosenversicherung

Derzeit entfällt für Personen, die das 57. Lebensjahr vollendet haben, die Beitragspflicht in der Arbeitslosenversicherung. Ab 1.9.2009 wurde diese Altersgrenze für Personen, die ab dem 2.9.1952 geboren wurden, auf das vollendete 58. Lebensjahr angehoben.

Entfall des Bonus-Malus-Systems

Das Bonus-Malus-System, das einen Bonus für den Dienstgeber (Entfall des Dienstgeberanteils des Arbeitslosenversicherungsbeitrags) bei Einstellung bzw einen Malus (einmaliger Sonderbeitrag) bei Freisetzung von Arbeitnehmern nach Vollendung des 50. Lebensjahres vorgesehen hat, ist entfallen.

Neuerungen im Korruptionsstrafrecht

Die erst mit 1.1.2008 in Kraft getretenen neuen Bestimmungen über das **Korruptionsstrafrecht** haben in der Öffentlichkeit kontroverse Reaktionen ausgelöst. Wurden die neuen Korruptionsstrafatbestände anfänglich ignoriert, sickerte allmählich vor dem "Weihnachtsgeschäft" 2008 die Bedeutung der neuen Bestimmungen in die Köpfe der Verantwortlichen ein. Nicht zuletzt infolge umfassender Schulungen auf dem Sektor des Korruptionsstrafrechts wurde auch der Umgang mit Finanzbeamten (insbesondere Organen der Außenprüfungen) in der Praxis erheblich erschwert. Gingen den einen die Bestimmungen zu weit (Stichwort Einladungen zu gesellschaftlichen, künstlerischen oder sportlichen Veranstaltungen), sahen andere die fehlende Strafdrohung gegen korrupte Abgeordnete als Manko. Einig war man sich in der Fachwelt nur darüber, dass die Bestimmungen zu unbestimmt waren. Der Gesetzgeber hat nunmehr darauf reagiert und mit dem Korruptionsrechtsänderungsgesetz 2009 mit Wirkung ab dem 1.9.2009 eine Präzisierung bzw Erweiterung des Personenkreises sowie eine teilweise Verschärfung und auch Entschärfung vorgenommen:

- Der **Kreis der Amtsträger** wurde um die **Abgeordneten von Nationalrat, Bundesrat, Landtage etc sowie auch Minister und Mitglieder der Landesregierungen erweitert**.

- Ferner wurde der Begriff des Amtsträgers um **Organe sogenannter Verwaltungsrechtsträger** erweitert. Hierbei zielt der Gesetzgeber auf die Organe und Mitarbeiter der Bundesbeschaffung GmbH, der Bundesrechenzentrum GmbH, der Buchhaltungsgagentur des Bundes etc ab.

- Schließlich ist der Personenkreis der Amtsträger noch um **Organe und Mitarbeiter der Sozialversicherungsträger** sowie um **hoheitliche Funktionsträger** (zB KFZ-Techniker, der eine KFZ-Überprüfung nach § 57a KFG vornimmt) erweitert worden.

- Wie vor dem 1.1.2008 wird nunmehr wieder zwischen pflichtwidriger und pflichtgemäßer Vornahme oder Unterlassung eines Amtsgeschäfts unterschieden.

- Unter den Tatbestand der **Bestechlichkeit** fällt die Vorteilszuwendung für eine **pflichtwidrige Vornahme oder Unterlassung eines Amtsgeschäfts** durch einen Amtsträger. Die Strafdrohung für Bestechlichkeit wurde empfindlich verschärft. Grundsätzlich beträgt die Strafdrohung nunmehr maximal drei Jahre. Wenn der Wert des Vorteils jedoch 3.000 Euro übersteigt, erhöht sich die Strafdrohung bereits auf sechs Monate bis fünf Jahre. Beträgt der Wert des Vorteils hingegen mehr als 50.000 Euro, beträgt die Strafdrohung bereits ein bis zehn (!) Jahre. Die **gleiche Strafdrohung trifft denjenigen, der den Amtsträger besticht**.

- Nimmt ein Amtsträger hingegen einen Vorteil für die **pflichtgemäße Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung** an, so fällt dies nunmehr unter den Tatbestand der Vorteilsannahme. Strafbar ist die **Vorteilsannahme** in diesem Fall aber nur, wenn sie gegen ein dienst- oder organisationsrechtliches Verbot verstößt. Die Strafdrohung beträgt hier maximal zwei Jahre. Beträgt der Wert des Vorteils mehr als 3.000 Euro, erhöht sich die Strafdrohung auf maximal drei Jahre, bei einem Wert des Vorteils von mehr als 50.000 Euro beträgt die Strafdrohung mindestens sechs Monate und höchstens fünf Jahre. Die **gleich hohe Strafdrohung trifft denjenigen, der einem Amtsträger einen Vorteil zuwendet**.

- Anstelle der bisherigen Strafbarkeit des "**Anfütterns**" von Amtsträgern wird nunmehr die **Vorbereitung der Bestechlichkeit oder Vorteilsannahme** erfasst. Der Unterschied liegt darin, dass der Focus der Strafbarkeit auf dem **konkreten Zusammenhang mit einem künftigen und somit absehbaren pflichtwidrigen Amtsgeschäft** des Amtsträgers liegt. **Das bloße "Anfüttern" ohne konkreten Anlass ist somit nicht mehr strafbar**. Ebenso ist die Vorbereitung einer künftigen Vorteilszuwendung für eine pflichtgemäße Amtshandlung oder Unterlassung nicht mehr strafbar. Die Strafdrohung für die pönalisierten Vorbereitungshandlungen beträgt nunmehr bis zu zwei Jahre, bei Überschreitung der Wertgrenze von 3.000 Euro bis zu drei Jahre und bei Überschreiten der Wertgrenze von 50.000 Euro zwischen sechs Monaten und fünf Jahren. Die gleich hohe Strafdrohung trifft auch denjenigen, der einem Amtsträger einen derartigen Vorteil zuwendet.

- Völlig neu ist, dass die neuen Strafbestimmungen nunmehr der **tätigen Reue** zugänglich sind.

Aktuelle Entscheidungen



● Lieferdatum ist zwingender Bestandteil der Rechnung

Der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) stellt in einer Entscheidung klar, dass nur eine Rechnung, die den Zeitpunkt der Lieferung angibt oder einen Hinweis auf den Tag der Lieferung in einem anderen Beleg anführt (zB Lieferschein), zum Vorsteuerabzug berechtigt. Dies gilt auch dann zwingend, wenn das Lieferdatum mit dem Ausstellungsdatum identisch ist. Einzige Ausnahme sind Anzahlungsrechnungen, deren Zweck die Verrechnung eines Teilbetrages vor Leistungserbringung ist.

● Kein Vorsteuerabzug für die eigene Wohnung

Seit vielen Jahren steht eine umsatzsteuerliche Frage zur Diskussion: Wenn ein Gebäude unternehmerisch genutzt wird, kann dann auch ein **Vorsteuerabzug für den privat genutzten Teil des Gebäudes** geltend gemacht werden? Auf den ersten Blick ist diese Frage überraschend, aber im Mai 2003 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) diese Diskussion zu einem deutschen Fall (bekannt unter "Seeling") losgetreten. Nach Meinung der EU-Richter ist ein Haus, das unternehmerisch und privat genutzt wird, ein **einheitliches Wirtschaftsgut** und deshalb steht der Vorsteuerabzug aus den Errichtungskosten zur Gänze zu; die private Nutzung ist als Eigenverbrauch – in jährlich geringen Beträgen – zu versteuern.

Sechs Jahre später hat der VwGH im Mai dieses Jahres einen vergleichbaren österreichischen Fall nach vorheriger Anfrage beim EuGH entschieden. Hierzulande gibt es Regelungen, die Ausgaben für den privaten Haushalt und Aufwendungen für die Lebensführung vom Betriebsausgaben- und Vorsteuerabzug ausschließen. Und ebendiesen Ausschluss hat das Höchstgericht auf gemischt genutzte Gebäude angewandt: Nach den speziellen österreichischen Bestimmungen, die bereits vor dem EU-Beitritt (1. Jänner 1995) in Geltung waren und bis heute nicht geändert wurden, ist für **jene Gebäudeteile, die überwiegend privaten Wohnzwecken dienen, der Vorsteuerabzug unzulässig**.

Die Überschneidungen von Gemeinschaftsrecht mit österreichischem Umsatzsteuerrecht haben bei gemischt genutzten Gebäuden eine jahrelange Rechtsunsicherheit ausgelöst, die erst durch die erwähnten beiden Höchstgerichte (EuGH und VwGH) geklärt werden konnte.

Splitter

Gebührenerhöhung für die Einreichung des Jahresabschlusses

In der letzten KlientenInfo haben wir auf die elektronische Einreichung des Jahresabschlusses ins Firmenbuch hingewiesen. Noch rasch vor dem nächsten Schwung der Firmenbucheinreichungen wurde mit Wirkung ab 1.7.2009 eine Gebührenerhöhung beschlossen. Die **Eingabegebühr** beträgt nunmehr bei elektronischer Einreichung für **GmbHs 29 Euro** (bisher 27 Euro) und für **AGs 131 Euro** (bisher 124 Euro). Die **Eintragungsgebühr** wurde von 17 Euro auf **18 Euro** erhöht.

Umsatzsteuer:

Verschiebung der Steuerschuld für Dienstleistungen ab 2010 durch ausländische Unternehmer nicht mehr möglich

In der letzten KlientenInfo wurde in allzu verkürzter Form darüber berichtet, dass ab 2010 die Fälligkeit der Umsatzsteuer durch eine spätere Rechnungserstellung bei Dienstleistungen nicht mehr wie bisher um 1 Monat hinausgeschoben werden kann. Diese Neuregelung betrifft aber ausschließlich **Dienstleistungen sowie Werklieferungen, die von einem ausländischen Unternehmer an einen Unternehmer oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts** (zB eine Gemeinde) **in Österreich erbracht werden** (Reverse-Charge-Fälle). Bei Leistungen inländischer Unternehmen tritt keine Änderung ein.

Vignettenpreise für Autobahnbenützung werden ab 2010 erhöht



Die Preise für Vignetten, die für die Benützung der österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen von einspurigen und mehrspurigen KFZ (bis zu einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 to) zu bezahlen sind, werden ab **2010** wie folgt **erhöht**:

Vignettenpreise in Euro	einspurige KFZ		mehrspurige KFZ	
	NEU	bisher	NEU	bisher
Jahresvignetten	30,40	29,50	76,20	73,80
Zweimonatsvignette (gültig ab dem 1. 12. 2009)	11,50	11,10	22,90	22,20
Zehntagesvignette (gültig ab dem 1. 12. 2009)	4,50	4,40	7,90	7,70

Unverändert bleibt der Preis der erst mit 1. September 2008 eingeführten **Korridorvignette**: Er beträgt einschließlich Umsatzsteuer für eine Fahrtrichtung **2 Euro** und für beide Fahrtrichtungen **4 Euro**.

Neue fahrleistungsabhängige Mauttarife für LKW ab 2010

Ab 2010 wird in Umsetzung der EU-Wegekostenrichtlinie die LKW-Maut nach dem Schadstoffausstoß in drei Gruppen gestaffelt.

Der Grundkilometertarif für die umweltfreundlichsten LKW in der Tarifklasse A verbilligt sich um rund 10 Prozent. Die neuen Sätze betragen:



Km-abhängige LKW-Maut ab 2010	Tarifklasse A (Euroklasse EEV, VI)	Tarifklasse B (Euroklasse IV-V)	Tarifklasse C (Euroklasse o-III)
Fahrzeuge unter 3,5 to	Keine Maut	keine Maut	keine Maut
Fahrzeuge mit 2 Achsen	14,20 Cent/ km	15,20 Cent / km	17,40 Cent / km
Fahrzeuge mit 3 Achsen	19,88 Cent/ km	21,28 Cent / km	24,36 Cent / km
Fahrzeuge mit 4 und mehr Achsen	29,82 Cent/ km	31,92 Cent / km	36,54 Cent / km

Die Tarife für die Sondermautstrecken wurden ebenfalls entsprechend angepasst.

Wegfall der CO₂-Steuer auf Gebrauchtwagen

Autokäufer, die einen Gebrauchtwagen aus dem EU-Ausland importieren, müssen ab sofort keine CO₂-Steuer mehr zahlen, da diese als EU-widrig erkannt wurde. Fahrzeugbesitzer, welche die seit 1. Juli 2008 geltende Abgabe entrichtet haben, können eine Rückerstattung beantragen. Lediglich für den Import von Gebrauchtwagen aus Nicht-EU-Ländern bleibt diese Abgabe weiter bestehen.



Termine

30.9.2009

Reduzierung der laufenden Vorauszahlungen

Ein **Herabsetzungsantrag** für die **laufenden Vorauszahlungen** an Einkommen- und Körperschaftsteuer 2009 kann letztmalig bis 30. September 2009 gestellt werden. Dem Antrag sollte vorsorglich auch eine Prognoserechnung für 2009 angeschlossen werden. Hinsichtlich Katastrophenopfer siehe Termin 31. Oktoberr 2009.



Beginn Anspruchverzinsung

Ab **1. Oktober .2009** werden für **Nachzahlungen** bzw. **Gutschriften** aus der **Einkommen- und Körperschaftsteuerveranlagung 2008** **Anspruchszinsen** (derzeit 2,38 Prozent) verrechnet. Wer für 2008 mit einer Steuernachzahlung rechnen muss, kann die Belastung durch Anspruchszinsen durch eine **freiwillige Anzahlung** in Höhe der zu erwartenden Steuernachzahlung vermeiden. Anspruchszinsen unter 50 Euro werden nicht vorgeschrieben (Freigrenze). Achtung: Anspruchszinsen sind generell ertragsteuerlich neutral: Zinsenaufwendungen sind daher steuerlich nicht absetzbar, Zinsenerträge dafür steuerfrei.



Nicht vergessen!



Wenn man während des Jahres 2009 feststellt, dass man zB wesentlich **höhere Werbungskosten** haben wird als bisher, oder wenn man im Jahr 2009 **Ausgaben für die Beseitigung von Katastrophenschäden** tätigen musste (siehe oben unter Punkt 1.), muss man für die steuerliche Geltendmachung nicht unbedingt bis zur Abgabe der Steuererklärung 2009 im Jahr 2010 zuwarten. Es besteht nämlich die Möglichkeit, beim Finanzamt (losgelöst von einer Veranlagung) **bis 31. Oktober für das laufende Jahr** einen **neuen Freibetragsbescheid** zu beantragen, wenn man "glaubhaft" machen kann, dass im Jahr 2009 folgende Absatzposten vorliegen:

- **Zusätzliche Werbungskosten** (zB Fortbildungskosten, Kosten für Arbeitsmittel udgl) **von mindestens 900 Euro** ("zusätzlich" bedeutet, dass über die im geltenden Freibetragsbescheid bereits berücksichtigten Werbungskosten hinaus noch weitere Werbungskosten in Höhe von mindestens 900 Euro glaubhaft gemacht werden können; wurden im geltenden Freibetragsbescheid noch keine Werbungskosten berücksichtigt oder liegt für das betreffende Jahr noch gar kein Freibetragsbescheid vor, so

genügt die Glaubhaftmachung von Werbungskosten in Höhe von insgesamt mindestens 900 Euro);

- **Aufwendungen zur Beseitigung von Katastrophenschäden**, die als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden können (siehe Außergewöhnliche Belastung).

In diesem Fall erhält man einen neuen Freibetragsbescheid für das laufende Jahr 2009. Wenn die dargestellten Voraussetzungen vorliegen, können im Freibetragsbescheid auch andere Absatzposten (zB Sonderausgaben, andere außergewöhnliche Belastungen) berücksichtigt werden. Der sich insgesamt ergebende Freibetrag kann dann bereits bei der laufenden Lohnverrechnung 2009 geltend gemacht werden.

Katastrophenbetroffene

Selbständige können noch bis zum 31. Oktober 2009 einen Antrag auf Herabsetzung der Einkommensteuervorauszahlungen stellen (siehe dazu auch oben unter Punkt 1.2).